

Wie sicher sind unsere Schulen?

Diskussion am 10. September 2025 im Gymnasium Zirkusgasse, Übertragung auf Radio Wien und im ORF Livestream, Moderation Lukas Lattinger ORF. Am Podium Mag. Martin Netzer, Generalsekretär im Bildungsministerium, und Michael Sonvilla vom Bedrohungsmanagement der Polizei.

Sonvilla sieht die Schulen in Wien tendenziell sicher. Wahrnehmung und Sensibilisierung hätten sich durch den Amoklauf in Graz aber geändert.

Netzer berichtet von einer Reihe von Bombendrohungen an Schulen im vergangenen Schuljahr. Die Zusammenarbeit mit den Sicherheitskräften funktioniere gut. Grundsätzlich seien Schulen so sicher wie unsere Gesellschaft.

Markus Dekan, Vorsitzender des Bundeselternverbandes, verweist auf gewisse Ängste bei den Eltern. Jede Schule müsse Konzepte für Ernstfälle haben und diese auch jährlich so üben wie den Feueralarm. Das sei noch nicht der Fall.

Sonvilla sieht zwei wesentliche Punkte: Schutz suchen und Flüchten. Beides müsste geregelt werden. In Wien gebe es einen direkten Draht zwischen der Bildungsdirektion, den Direktionen an den Schulen und der Polizei. So können Fälle gemeldet und besprochen werden.

Für die Direktorin der Zirkusgasse **Mag. Margot Stöger** sind die Schulen im Normalfall gut aufgestellt um Bedrohungen begegnen zu können. Bei einem Amoklauf wären sie allerdings überfordert. Auch müsste bei einigen baulichen Maßnahmen nachgerüstet werden, z.B. könnten manche Türen nicht von innen versperrt werden. Die Schulen müssten von Profis beraten werden um Alarmpläne entwickeln zu können. Es müssten auch alle mithelfen aufeinander zu schauen und verdächtige Personen melden. Man solle nicht auf Schulwart oder Direktion warten.

Lehrergewerkschaftler **Thomas Krebs** meint, dass in der Prävention viel geschehe, aber für den worst case sei die Schule nicht gerüstet. Lehrer:innen dürften nicht allein gelassen werden, sie benötigten dringend Unterstützung und könnten nicht alle gesellschaftlichen Veränderungen auffangen.

Netzer unterstreicht die Bedeutung Auffälligkeiten sofort zu melden. Bei Suspendierungen werden die Schüler:innen nun besser begleitet, wenn sie am Unterricht nicht teilnehmen dürfen. Die Wiener Zusammenarbeit zwischen Polizei und Schule soll auf ganz Österreich ausgeweitet werden.

Stöger wünscht sich eine längere Anwesenheit des Schulpsychologen an der Schule. Derzeit kommt er einmal im Moment für einen halben Tag. Die Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendhilfe funktioniere in den einzelnen Bezirken sehr unterschiedlich.

Ein **Student** verweist auf die Problematik der Brennpunktschulen mit vielen Problemen. Da könne man sich nicht um jeden einzelnen Fall kümmern.

Netzer berichtet, dass Amokläufer vorher auffällig seien. Sie fühlen sich gemobbt und empfinden Kränkungen, die für andere gar keine sind.

Sonvilla pflichtet bei, dass man die Signale richtig erkennen müsse. Man traue Schülern, die man gut kenne, Gewalttaten oft gar nicht zu. Bauliche Maßnahmen würden seiner Meinung nach nicht viel bringen, da die Täter Wege finden sie zu überwinden.

Eine **Psychologin** spricht sich für ein Schulfach Achtsamkeit aus. Damit sollte schon im Kindergarten begonnen werden. Für Lehrpersonen müsste Supervision ermöglicht werden, auch die Eltern sollten sich nicht scheuen Hilfe anzunehmen. Schüler:innen müssten an der Schule eine Bezugsperson haben, der sie sich anvertrauen können.

Krebs fordert Konsequenzen für Eltern und Schüler:innen mit problematischem Verhalten. Man müsse die Eltern mehr in die Pflicht nehmen. Es war falsch, dass die Lehrer:innen lange einen Teil

der Elternarbeit übernommen hätten.

Netzer verweist darauf, dass seit Corona die psychischen Auffälligkeiten stark zugenommen hätten.

Dekan appelliert, den Zusammenhang in der Gesellschaft zu stärken, die Probleme könnten nur gemeinsam gelöst werden.

Sonvilla verweist auf das Projekt „Sozialarbeiter und Polizist besuchen Familien“. Es sei relativ neu, dass Schule und Polizei zusammenarbeiten.

Netzer spricht sich für mehr Autonomie für die Schulen aus, das System müsse flexibler werden.

Krebs hofft auf einen gesellschaftlichen Schulterschluss.

Stöger bedauert, dass es nicht mehr einen für eine bestimmte Schule zuständigen Polizisten gebe, an den man sich mit Problemen und Anliegen wenden konnte.